

Bürokratieabbau – Eichfristen von Messmitteln anpassen

Die Eichfristen der gesetzlich geregelten Messmittel sind in 18 messmittelspezifischen Verordnungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) festgelegt. Aufgrund einer von Nationalrat Albert Vitali eingereichten Motion analysierte das Eidgenössische Institut für Metrologie (METAS) die Verfahren zur Erhaltung der Messbeständigkeit dieser Messmittel. Im Ergebnis werden in den nächsten Jahren diverse Verordnungen revidiert und Eichfristen angepasst werden.

STEPHAN BÜTTIKER

In regelmässigen Abständen erklingt in der Politik der Aufruf zum Abbau unnötiger Bürokratie. Am 19. September 2016 ertönte dieser Ruf auch in den «Hallen» der Metrologie. An diesem Tag reichte Albert Vitali die Motion Nr. 16.3670 «Bürokratieabbau – Eichfristen bei Messmitteln anpassen» ein.

Sie verlangt Folgendes: «Der Bundesrat wird beauftragt, die Eichfristen von allen gesetzlich vorgeschriebenen Messmitteln zu überprüfen und allenfalls anzupassen, das heisst, die Eichintervalle zu vergrössern. Auch eine Vereinfachung der Verfahren ist anzustreben.»

Die am 18. September 2017 angenommene Motion übertrug der Bundesrat dem Eidgenössischen Institut für Metrologie (METAS) zur Bearbeitung.



1: Verschiedene Arbeitsgruppen haben ältere und vor allem neue Technologien hinsichtlich der Messbeständigkeit genauer untersucht.

Risikoeinschätzung als Grundlage für Massnahmen

Das METAS startete Anfang Januar 2018 damit, die Eichfristen und die Verfahren zur Erhaltung der Messbeständigkeit für jede einzelne Messmittelkategorie zu analysieren und Vorschläge für Massnahmen vorzubereiten. Hierfür wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die wie folgt für die jeweiligen Messmittel zuständig waren:

- **Arbeitsgruppe I:** Messmittel im Zuständigkeitsbereich der Kantone (Längenmessmittel, Raummasse, Gewichtstücke, Waagen, Messanlagen für Flüssigkeiten ausser Wasser, Abgasmessmittel für Verbrennungsmotoren)
- **Arbeitsgruppe II:** Messmittel für elektrische Energie und Leistung
- **Arbeitsgruppe III:** Messmittel für thermische Energie und Gasmengenmessmittel
- **Arbeitsgruppe IV:** Messmittel zur Bestimmung von Abgasen und Stoffkonzentrationen
- **Arbeitsgruppe V:** Strassenverkehrsmittel und Messmittel der Akustik
- **Arbeitsgruppe VI:** Messmittel für ionisierende Strahlung

Die Arbeitsgruppen II – VI setzten sich aus Spezialisten des METAS zusammen. Die Arbeitsgruppe I bestand aus Vertretern der kantonalen Aufsichtsbehörden und Eichämtern sowie des METAS. Die Arbeitsgruppen hatten zur Aufgabe, die Eichfristen und das Verhalten der Messmittel bezüglich ihrer Messbeständigkeit in technischer Hinsicht zu analysieren und basierend hierauf eine Risikoeinschätzung abzugeben. Dabei wurden insbesondere die Charakteristika diverser neuer Technologien, beispielsweise neue Messmethoden mit Ultraschall bei Gaszählern, hinsichtlich der Messbeständigkeit genauer untersucht.

Die Risikoeinschätzung stellt die Grundlage für Empfehlungen zur Anpassungen der Eichfristen dar, wobei es Vorschläge sowohl für Verkürzungen wie auch Verlängerungen gab. Auf diesen Vorschlägen basieren die späteren Massnahmen.

Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung (SIR)

Parallel zu den Arbeiten der Arbeitsgruppen sollte auch ein Rechtsvergleich mit anderen Ländern durchgeführt werden. Der Auftrag zum Rechtsvergleich erging an das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (Angaben zum SIR siehe 4).

Es verglich die nationalen Regelungen und Methoden der Eichfähigkeiten in Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Österreich und Schweden. Das SIR recherchierte zu den in der Schweiz gesetzlich geregelten Messmitteln. Es sammelte Angaben zu den Verfahren zur Prüfung der Messbeständigkeit, den Fehlergrenzen, der Gebührenpflicht sowie den Rechtsnormen. Ebenso erstellte das SIR eine Liste mit Messmitteln, welche in den Vergleichsländern, nicht aber in der Schweiz gesetzlich geregelt sind. Die Recherchen wurden vom METAS ausgewertet.

Andere Länder, andere Eichfristen

Die erhaltenen Daten zeigen die Vielfalt der gesetzlichen Metrologie in Europa. So variieren sowohl die Definitionen der spezifischen Messmittel in den jeweiligen Gesetzen der untersuchten Länder als auch die Anzahl der geregelten Messmittel selber. Beispielsweise führt Deutschland eine Liste von ca. 150 definierten Messmitteln, während andere Länder bewusst möglichst wenige Messmittel regeln (bspw. Grossbritannien und Niederlande) nach dem Motto «der Markt reguliert sich selbst».

Bei den Kontrollen lassen sich grundsätzlich zwei unterschiedliche Systeme in den untersuchten Ländern ausmachen. Einerseits Überprüfungen, die nach Ablauf einer definierten Frist fällig werden (hier trifft man die Mehrheit der untersuchten Länder sowie die Schweiz an), andererseits Kontrollen, die nach Reparaturen und Modifizierungen am Messmittel anfallen (Niederlande und Grossbritannien).

Ansonsten zeigte der Rechtsvergleich hinsichtlich der Eichfristen und Fristen anderer periodischen Kontrollen, dass die Kontrollfristen in der Schweiz zumeist zwischen den maximalen und minimalen Fristen der Vergleichsländer liegen.

Der Rechtsvergleich zeigt allerdings auch, dass einige der Vergleichsländer Messmittel geregelt haben, die in der Schweiz nicht gesetzlich geregelt sind. Ein bekanntes Beispiel hierfür sind Kaltwasserzähler, welche in den nationalen Bestimmungen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Österreich und Schweden gesetzlich geregelt sind.

Wichtig auch in Zukunft

Die durch das SIR gesammelten Informationen sind für das METAS nicht nur jetzt wertvoll. Vielmehr erhielt das METAS auch direkt Angaben zu den Rechtsquellen und den entsprechenden Internetpfaden der betreffenden Länder. Damit können auch in Zukunft nach Erlassänderungen, -aufhebungen wie auch beim Schaffen neuer Erlasse schnell und effizient die notwendigen rechtlichen Grundlagen in kurzer Zeit recherchiert werden.

Aufgrund des Rechtsvergleiches mit dem SIR sowie der weiteren umfassenden Arbeiten im Rahmen der «Motion Vitali» wurde Ende 2018 ein Massnahmenkatalog zur Erfüllung der Motion definiert. Diese Massnahmen umfassen Verlängerungen von Eichfristen für mehrere Messmittelkategorien sowie die Einführung von weniger aufwändiger Prüfverfahren wie etwa dem statistischen Prüfverfahren für gewisse Messmittel.



2: Messmittel wie Audiometer sind in der Schweiz im Metrologierecht geregelt. In anderen Ländern werden sie oftmals zum Bereich der Medizinprodukte gezählt.



3: Kaltwasserzähler sind in der Schweiz nicht gesetzlich geregelt, in anderen Ländern durchaus.

Aufgrund dieser Massnahmen werden zurzeit die folgenden messmittelspezifischen Verordnungen des EJPD überarbeitet: Längenmessmittel (SR 941.201), Messanlagen und Messmittel für Flüssigkeiten ausser Wasser (SR 941.212), Messmittel für thermische Energie (SR 941.231) und Gasmengenmessmittel (SR 941.241).

Die Änderungen dieser Verordnungen werden voraussichtlich 2021 in Kraft treten. In Anbetracht der geplanten Änderungen und gestützt auf den Massnahmenkatalog hat das METAS für den «Bericht Motionen und Postulate» des Bundesrates einen Antrag auf Abschreibung der Motion eingereicht.



Kontakt:
Stephan Büttiker, MLaw
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
stephan.buettiker@metas.ch
+41 58 387 02 45

SIR

Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) ist eine selbständige, rechtsfähige Anstalt des Bundes (dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) angegliedert) mit Sitz in Ecublens (VD) und ist Dokumentations- und Forschungsstätte für Rechtsvergleichung, ausländisches und internationales Recht. Das SIR hat folgende Aufgaben:

- Bereitstellen der für die Gesetze und internationalen Abkommen notwendigen Unterlagen und Studien zuhanden der Bundesbehörden und der Bundesverwaltung.
- Mitwirken an internationalen Bestrebungen zur Rechtsangleichung oder Rechtsvereinheitlichung.
- Erteilen von Auskünften und Gutachten an Gerichte, Verwaltungsstellen, Anwälten und weiteren Interessenten.
- Betreiben eigener wissenschaftlichen Forschungen.
- Unterstützen und koordinieren von Studien an den schweizerischen Hochschulen und Wissenschaftlern in der Schweiz eine angemessene Forschungsstätte bieten.
- Führen einer Fachbibliothek sowie einer Dokumentation über ausländische Gesetzgebung und internationales Recht.



4: Mit Hilfe des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR) setzte das METAS die Motion Vitali um.

Réduire la bureaucratie. Revoir la périodicité des contrôles des instruments de mesure

La périodicité des contrôles de la stabilité de mesure fixée dans la loi est déterminée dans 18 ordonnances spécifiques aux instruments de mesure du Département fédéral de justice et police (DFJP). Suite à une motion déposée par Albert Vitali, Conseiller national, METAS a analysé la procédure de maintien de la stabilité de mesure des instruments de mesure soumis aux contrôles.

Pour ce faire, six groupes de travail, réunissant des représentants des autorités de surveillance cantonales, des offices de vérification cantonaux ainsi que de METAS, ont été formés. Les groupes de travail ont analysé le comportement technique des instruments de mesure en matière de stabilité de mesure et ont livré une évaluation des risques.

En parallèle, METAS a chargé l'ISDC (Institut suisse de droit comparé) d'effectuer une comparaison juridique prenant en considération les réglementations nationales relatives aux activités de vérification ainsi que les méthodes de vérification appliquées dans d'autres pays d'Europe. L'ISDC ou Institut suisse de droit comparé est un établissement autonome, qui a la capacité juridique et est rattaché au Département fédéral de justice et police (DFJP).

Un catalogue de mesures a été défini fin 2018 sur la base des travaux évoqués. Ces mesures comprennent un plus grand espacement de la périodicité des contrôles pour plusieurs catégories d'instruments de mesure ainsi que, pour certains instruments de mesure, l'introduction de procédures de contrôle moins pesantes, telles que la procédure de contrôle statistique. Certaines des 18 ordonnances spécifiques aux instruments de mesure sont en cours de révision partielle, afin de permettre la mise en œuvre desdites mesures. L'entrée en vigueur des modifications est prévue pour 2021.

Riduzione degli oneri amministrativi – Adattare i termini di verifica degli strumenti di misurazione

I termini di verifica degli strumenti di misura regolamentati legalmente sono stabiliti in 18 ordinanze del Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) specifiche per gli strumenti di misurazione. Sulla base di una mozione presentata dal consigliere nazionale Albert Vitali il METAS ha analizzato le procedure per il mantenimento della stabilità di misurazione di tali strumenti di misura.

A tal fine, sono stati costituiti sei gruppi di lavoro composti da rappresentanti delle autorità di vigilanza cantonali e dagli uffici di verifica nonché dal METAS. I gruppi di lavoro hanno analizzato il comportamento degli strumenti di misura per quanto riguarda il loro mantenimento della stabilità di misurazione dal punto di vista tecnico e hanno fornito una valutazione dei rischi.

Parallelamente il METAS ha fatto eseguire un confronto giuridico, nel quale sono stati presi in considerazione le normative nazionali e i metodi delle attività di verifica in altri Paesi europei. È stato commissionato l'Istituto Svizzero di Diritto Comparato (ISDC). Si tratta di un istituto autonomo e legalmente responsabile affiliato al Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP).

Sulla base dei lavori descritti, alla fine del 2018 è stato definito un catalogo di misure. Tali misure comprendono proroghe dei termini di verifica per diverse categorie di strumenti di misura e l'introduzione di metodi di prova meno complessi come la procedura di controllo statistico per certi strumenti di misurazione. Attualmente, per implementare tali misure alcune delle 18 ordinanze specifiche per gli strumenti di misurazione sono attualmente in fase di revisione parziale. Le modifiche dovrebbero entrare in vigore nel 2021.